Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Ansatz 2005	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Ansatz 2005
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	2004 EUR	EUR	2004 EUR

08 082 **Angelegenheiten der Luftfahrt****E i n n a h m e n****Verwaltungseinnahmen**

111 12	751	Luftsicherheitsgebühr	21 464 800	—	21 464 800
			20 048 800	-1 322 000	18 726 800

Begründung:

In der Luftsicherheitsgebühr waren bisher unter anderem die Ausgaben für den polizeilichen Schutz der Kontrollstellen und Sicherheitsbereiche berücksichtigt. Aufgrund der Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.03.2004 (3 C 23.03 und 3 C 24.03) dürfen diese Ausgaben nicht in die Gebührenberechnung einbezogen werden. Die Höhe der Luftsicherheitsgebühr musste deshalb ab 22.03.2004 von 7,08 EUR auf 6,60 EUR abgesenkt werden. Für die regelmäßig zum 01.11 eines jeden Jahres festzusetzende Luftsicherheitsgebühr wurden für den Stichtag 01.11.2004 die voraussichtlichen Abgaben für die Luftsicherheit sowie die Zahl der Abflieger neu geschätzt. Ab 01.11.2004 wird die Luftsicherheitsgebühr daher auf 6,20 EUR festgesetzt.

Erläuterung**Zu Titel 111 12:**

Nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) kann für die Durchsichtung von Fluggästen und des Reisegepäckes eine Gebühr erhoben werden. Die Luftsicherheitsgebühr beträgt an den Flugplätzen Münster/Osnabrück, Paderborn/Lippstadt, Dortmund, Niederrhein und Mönchengladbach vom 1.11.2003 bis 21.03.2004 7,08 EUR, vom 22.03.2004 bis 30.10.2004 6,60 EUR und ab 01.11.2004 6,20 EUR je überprüfem Abflieger. Es wird 2004 mit rund 2,8 Millionen und 2005 mit rund 3,2 Millionen zu kontrollierenden Abfliegern gerechnet.

Gesamteinnahmen Kapitel 08 082	24 462 000	—	24 462 000
	23 046 000	-1 322 000	21 724 000

A u s g a b e n**Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für
Investitionen)**

631 10	751	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	788 300	—	788 300
			736 300	-736 300	—

Begründung:

Siehe Begründung zu Titelgruppe 68 Titel 881 68.

Kapitel 08 082
Angelegenheiten der Luftfahrt

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Ansatz 2005	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Ansatz 2005
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	2004 EUR	EUR	2004 EUR

Titelgruppen

Titelgruppe 68

Maßnahmen zur Abwehr von Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs

536 68	751	Ausgaben für den privatisierten Fluggastkontroll- dienst	13 304 000 12 645 500	— +1 848 700	13 304 000 14 494 200
---------------	------------	---	--	-------------------------------	--

Begründung:

Die Mehrausgaben werden aufgrund neuer bzw. strengerer Kontrollmaßnahmen erforderlich:

- seit 01.10.2003 werden im Bereich der Allgemeinen Luftfahrt Kontrollmaßnahmen gem. § 29 c Luftverkehrsgesetz durchgeführt,
- seit 19.01.2004 werden gem. EG-Verordnung 2320/2002 Personal- und Warenkontrollen durchgeführt,
- durch die Aufnahme des Flugbetriebes einer britischen Luftfahrtgesellschaft am Flughafen Dortmund werden erhöhte Kontrollmaßnahmen erforderlich, die aufgrund des Rahmenplans Luftsicherheit für britische Gesellschaften durch den Bund angeordnet sind.

671 68	751	Erstattungen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufgaben des Fluggastkontrolldienstes.....	868 600 803 000	— -550 000	868 600 253 000
---------------	------------	--	----------------------------------	-----------------------------	----------------------------------

Begründung:

Die Einsparungen ergeben sich

- auf dem Verkehrslandeplatz Mönchengladbach, weil von dort bis auf weiteres nur noch eine Linie fliegt, und
- auf dem Flughafen Siegerland, weil dort zurzeit keine Maßnahmen gem. § 29 c Luftverkehrsgesetz angeordnet und daher eine Personalkostenersatzung nicht erforderlich ist.

neu :					
881 68	751	Erstattung von Investitionsausgaben für Luftsicherheitskontrolltechnik an den Bund	— —	— +112 900	— 112 900

Begründung:

Das Verwaltungsgericht München hat sich in der Begründung zum Urteil vom 27.06.2002 (M 24 K 01.170) zum bisherigen Verfahren zur Beschaffung der Luftsicherheitskontrolltechnik durch den Bund und der pauschalen Refinanzierung dahingehend geäußert, dass grundsätzlich über die tatsächlich entstandenen Kosten Rechenschaft abzulegen ist und im Hinblick auf die Fluggastzahlen und Schwankungen in den Ausgaben eine Anpassung bzw. Überprüfung erfolgen sollte. Darüber hinaus wird mit einer Umstellung des Verfahrens auf eine detaillierte Abrechnung der Ausgaben je Flughafen den Forderungen des Bundesrechnungshofes Rechnung getragen.

Erläuterung**Zu Titel 881 68:**

Nach Artikel 104 a Grundgesetz trägt das Land die Kosten der Luftsicherheitskontrolltechnik auf den Flughäfen, auf denen das Land die Aufgaben nach § 29 c Luftverkehrsgesetz wahrnimmt. Die Ausgaben werden vom Bund vorfinanziert und zukünftig über einen Zeitraum von 10 Jahren zuzüglich derzeit 3 % kalkulatorischer Zinsen durch das Land refinanziert. Die bisherige Refinanzierung der Investitionsausgaben erfolgte pauschal in Höhe von 0,26 EUR je Abflieger bei Titel 631 10. Ein Urteil des bayrischen Verwaltungsgerichts München wies unter anderem darauf hin, dass zukünftig die Notwendigkeit besteht, über die tatsächlich entstandenen Kosten Rechenschaft abzulegen.

Summe Titelgruppe 68	15 169 800 14 230 100	— +1 411 600	15 169 800 15 641 700
Gesamtausgaben Kapitel 08 082	25 009 500 21 087 100	— +675 300	25 009 500 21 762 400
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 08 082	19 000 000 11 680 000	— —	19 000 000 11 680 000